

## Kompromiss bei Zweitwohnungen

**UMSETZUNG** red. Die Parteispitzen der SVP und der FDP haben sich mit den Initianten der Zweitwohnungsinitiative geeinigt. Nachdem die angenommene Vorlage im Parlament hätte abgeschwächt werden sollen, drohten die Initianten mit einem Referendum. Da man sich nun in drei wichtigen Feldern einigte, ist das Referendum nun vom Tisch. Der Kompromiss betrifft Einschränkungen der Nutzung älterer Häuser und Hotels als Zweitwohnungen. Zudem sollen permanent im Internet angebotene Ferienhäuser als Zweitwohnung gelten, wie das Schweizer Fernsehen berichtet.

## NACHRICHTEN

### Begrenzung für Fleischeinfuhr

**EINKAUFSTOURISMUS** sda. National- und Ständerat wollen dem Einkaufstourismus beim Fleisch einen Riegel schieben. Die Menge, die Private einführen dürfen, soll wieder begrenzt werden. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat mit 95 zu 84 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat wird beauftragt, bei der Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren eine «klare quantitative Abgrenzung zwischen Handels- und Privateinfuhr» sicherzustellen.

### Bussen nicht von Steuer abziehbar

**STEUERSTREIT** sda. Der Nationalrat will verhindern, dass Bussen von den Steuern abgezogen werden können. Wie zuvor schon der Ständerat hat er eine Motion mit dieser Forderung angenommen. Dies mit 115 zu 55 Stimmen. Zum Nein-Lager gehörten vor allem SVP-Vertreter, denen der Vorstoss zu weit geht. Dieser will, dass im In- und Ausland ausgesprochenen Bussen mit Strafcharakter nicht abzugsfähig sind. Dies entspricht bereits heute der Praxis des Bundes, eine gesetzliche Grundlage fehlt aber.

# Bundeskrieg für Schlachtfeiern

**GESCHICHTE** 50 000 Franken für Marignano, 200 000

Franken für Morgarten: Mit so viel Geld unterstützt der Bund zwei Schlachtjubiläen. Die SP ist befremdet.

KARI KÄLIN  
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

700 Jahre Morgarten, 500 Jahre Marignano, 200 Jahre Wiener Kongress, 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges: 2015 ist ein Jahr der Jubiläen mit zahlreichen Gedenkfeiern. Der Bundesrat will dabei keine «obrigkeitliche Erinnerungskultur» schaffen und Erinnerungsanlässe nur punktuell unterstützen, wie er letzte Woche in der Antwort auf eine Interpellation festhielt.

Ganz aus dem Spiel nimmt sich der Bund jedoch nicht. So unterstützt das Verteidigungsdepartement (VBS) die Gedenkfeierlichkeiten zur Schlacht in Marignano (heute Melegnano) mit 50 000 Franken. Das ist kein Zufall. Die Stiftung Pro Marignano, welche die Feierlichkeiten organisiert, pflegt seit Jahren gute Kontakte zu Verteidigungsminister Ueli Maurer. Dieser wiederum sitzt als einziger amtierender Bundesrat im Ehrenpatronat des Jubiläumsanlasses.

Das Bundesamt für Kultur seinerseits steuert 200 000 Franken für ein Freilichttheater bei, das im Sommer im Rahmen zum Morgartenjubiläum aufgeführt wird. Zudem finden, auch zum Wiener Kongress, Ausstellungen im Schweizerischen Nationalmuseum statt.

### Debakel mit 10 000 Toten

Die SP befürchtet, dass die SVP aus Morgarten und Marignano im Wahljahr politisches Kapital schlägt und sie diese Jubiläen als Sinnbild für eine unabhängige, neutrale, souveräne Schweiz propagandistisch ausschachtet. Entsprechend schlecht kommt die finanzielle Unterstützung des Bundes an. Die Erinnerung an diese Ereignisse liefere keine Antworten auf heutige Herausforderungen, sagt Jacqueline Fehr, SP-Vizepräsidentin und Zürcher Nationalrätin. Und: «Es ist befremdlich, dass ein Verteidigungsminister Geld für das Feiern einer Niederlage ausgibt.»



Trachtenleute im Jahr 2014 anlässlich der 699-Jahr-Feier der Schlacht bei Morgarten auf dem Weg zur Schlachtkapelle in Schönen ZG.  
Keystone/Sigi Tischler

In der Tat erlitten die Eidgenossen am 13. und 14. September 1515 bei der Schlacht von Marignano gegen die Franzosen eine Niederlage mit 10 000 Toten. Im kollektiven Gedächtnis markiert das Debakel jedoch den Beginn der schweizerischen Neutralität. Anders als Fehr erkennt der Nidwaldner SVP-Nationalrat und Historiker Peter Keller in Marignano noch heute eine tiefere Bedeutung für die Schweiz: «Unsere Neutralitäts-

tradition speist sich aus dem Mythos Marignano: sich nicht in fremde Händel mischen, aussenpolitisch Zurückhaltung üben und dafür gute Dienste leisten.» Damit sei die kleine Schweiz gut gefahren.

### Friedenslinde am Löwenplatz?

Jacqueline Fehr hingegen hofft, dass solche Deutungen nicht die Oberhand nehmen. In einem Papier der SP heisst

es denn auch, man solle die 500-Jahr-Feier schlicht ignorieren.

Stattdessen möchten die Sozialdemokraten viel lieber öffentlichkeitswirksam ans Ende des Zweiten Weltkrieges erinnern, das sich am 8. Mai zum 70. Mal jährt. Man könne dabei all jenen danken, die den Nationalsozialismus und Faschismus besiegt und jene Institutionen errichtet hätten, auf denen die moderne europäische Friedensordnung beruhe, forderte Jacqueline Fehr in einem Vorstoss. Der Bundesrat sicherte zu, allenfalls bei einem nationalen oder internationalen Gedenk Anlass mitzuwirken. Selber plant er indes keine besonderen Aktionen.

Ganz anders die SP. An möglichst vielen Orten in der Schweiz sollen am 8. Mai Friedenslinden gepflanzt werden. Zu diesem Zweck haben SP-Politiker in zahlreichen Städten und Kantonen Vorstösse lanciert. Der Luzerner Kantonsrat David Roth etwa könnte sich vorstellen, am Löwenplatz auf der Insel bei den Parkplätzen einen Baum zu pflanzen. Er hofft, dass das Parlament seinen Vorstoss gutheissen wird.

### Berset spricht zu Marignano

Jacqueline Fehr erwartet derweil vom Bundesrat, dass er Kantone und Städte ermuntert, von sich aus Friedenslinden zu pflanzen. «Die Landesregierung sollte als Initiator in Erscheinung treten», sagt sie – und denkt dabei vor allem an Parteikollege Alain Berset. «Ich würde es begrüssen, wenn er einer solchen Aktion beiwohnen würde.» Als Nächstes muss sich der Kulturminister jedoch ausgerechnet mit Marignano befassen. Am 26. März wird er zur Eröffnung einer Ausstellung im Landesmuseum Zürich eine Rede halten.

### Stiftung reagiert gelassen

Und die Stiftung Pro Marignano? Sie reagiert gelassen auf den Streit um die richtige Erinnerungskultur. Fulcieri Silvio Kistler (75), Vizepräsident und Projektleiter des Jubiläums, spricht von einer «republikanischen Gedenkfeier», bei der es darum gehe, die Bedeutung der Schlacht von Marignano aus heutiger Sicht zu würdigen. Umso mehr freut er sich über den Zustupf von Ueli Maurer. Und im Kanton Tessin werde der Anlass auch von linken Politikern unterstützt, ergänzt der ehemalige Kadermitarbeiter der Bank UBS.

## Gemeinsam gegen Frankenstärke

**BÜRGERLICHE** Mit einem Aktionsplan wollen CVP, FDP und SVP der Frankenstärke begegnen. Das Vorhaben löst bei der Linken Stirnrunzeln aus.

Matthäus, Markus und Lukas haben vieles gemeinsam. So vieles, dass die Bibelforschung aufgrund der Ähnlichkeiten irgendwann von den «synoptischen Evangelien» zu sprechen begann. Nun kann man sich natürlich fragen, was die drei Evangelisten mit den Chefs der drei grossen bürgerlichen Parteien zu tun haben – und doch war «Synopse» der meistgebrauchte Begriff, als Toni Brunner, Christophe Darbellay und Philipp Müller gestern im Bundeshaus vor die Medien traten. Das Zauberkraft sollte für die Hoffnung stehen, das Gemeinsame und nicht das Trennende möge künftig unter den oft zerstrittenen bürgerlichen Parteien dominieren.

### Knackpunkt SVP-Initiative

Der Anfang ist gemacht – und einig ist man sich bereits beim Zeitplan: Noch diese Woche werden die Parteisekretariate von SVP, FDP und CVP eine Liste erstellen «und in einer Synopse aufzeigen, wo es Gemeinsamkeiten gibt, wo es FDP-Präsident Müller formuliert. Er ist sich sicher: Die Gegenüberstellung der politischen Positionen wird Ähnlichkeiten zu Tage fördern. «In einem ersten Schritt haben wir über mehrere Dutzend Massnahmen gesprochen.» Und in einigen Punkten herrsche

bereits Konsens, freute sich Toni Brunner. Noch in dieser Session wollen sich die Parteispitzen ein weiteres Mal treffen, «um die Wirtschaft zu entlasten und möglichst viele Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern», wie Christophe Darbellay sagte. Später sollen auch die Wirtschaft selber und möglicherweise die Kleinparteien BDP und GLP herbeigezogen werden.

In fast schon biblischer Harmonie haben sich Darbellay, Müller und Brunner auf einen rotierenden Vorsitz der Gruppe geeinigt. Offen blieb die Frage, warum sie sich nicht schon vorher auf einen wirtschaftspolitischen Kurs einigten. Die Mehrheit im Parlament hätten sie.

Bereits jetzt ist absehbar, wo der grösste Knackpunkt liegt: bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Während CVP und FDP die bilateralen Verträge mit der EU mit allen Mitteln verteidigen wollen, steht für die SVP die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

mit den nicht EU-kompatiblen Kontingenten im Vordergrund. Klar ist: Alle Parteien müssen hier über den Schatten springen, wollen sie sich auf einen Minimalkonsens einigen. Wie dieser

aussehen könnte, deutete Toni Brunner an. Der SVP-Präsident sprach erstmals davon, dass die Schutzklausel ein gutes Instrument sein könne, «um mit der EU ins Gespräch zu kommen».

### Skeptische Linke

Vom bürgerlichen Schulterchluss wenig angetan ist die Linke. «Das ist Verwidelungspolitik», sagt SP-Wirtschaftspolitikerin Susanne Leutenegger Oberholzer, die eine Deregulierungswelle für unwahrscheinlich hält. Nach den Erfahrungen mit der Unternehmenssteuerreform II glaube sie nicht, dass sich eine Mehrheit für eine nächste weitergehende Steuerreform entscheide, wie sie CVP, FDP und SVP vorantreiben würden. «Die Bürger in der Schweiz wollen nicht deregulieren. Sie stehen zum Service public und zum Sozialstaat», sagt die SP-Politikerin. Sie wundert sich, dass sich gerade die SVP in der hoch regulierten Landwirtschaft gegen jede Liberalisierung wehre. Auch eine wortgetreue Umsetzung der Massenein-

wanderungsinitiative, wie sie der SVP vorschwebt, führe zu einem massiven Ausbau der Bürokratie.

JÜRGEN ACKERMANN  
schweiz@luzernerzeitung.ch

## Kantonsrat gegen Kesb-Pikettdienst

**ZÜRICH** Die Mehrheit des Kantonsrats will keine gesetzlichen Grundlagen für einen Kesb-Pikettdienst. Ein Postulat wurde abgelehnt.

sda. Der Zürcher Kantonsrat hat gestern ein Dringliches Postulat von Grünen und der Christlich-sozialen Partei zur Erreichbarkeit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) mit 93 zu 74 Stimmen abgelehnt. Gegen die Überweisung stimmten SVP, FDP und Grünliberalen. Die Postulanten wollten vom Regierungsrat wissen, wie die Kesb organisiert werden müssten, damit sie auch über Fest- und Feiertage erreicht werden und Entscheide fällen können. Gerade Entscheide im Kinderschutz seien oft hochemotional und müssten mit entsprechender Sorgfalt und oft in kurzer Zeit gefällt werden, heisst es im Vorstoss. Die Behörden müssten deshalb erreichbar und in der Lage sein, kurzfristigen Änderungen angemessene Rechnung zu tragen.

### Fall von Flaach als Auslöser

Anlass für den Vorstoss war das Familiendrama vom Neujahrstag in Flaach ZH, als eine 27-Jährige ihre beiden Kinder getötet hatte. Die zuständige Kesb hatte die vorübergehende Unterbringung in ein Heim

angeordnet, weil sie die Familiensituation als instabil einstufte. Die Regierung hatte bei der Einführung der Kesb die Schaffung eines Pikettdienstes beantragt. Die Mehrheit des Kantonsrates strich diese Bestimmung allerdings aus dem Gesetz.

### Gegen «Pseudo-Lösung»

SVP, FDP, GLP und EDU lehnten den Vorstoss ab. Von einer professionellen Behörde dürfe man verlangen, dass sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln einen Pikettdienst organisiere, sagte die Vertreterin der SVP. Und ihr Fraktionskollege ergänzte: Ein Pikettdienst nütze überhaupt nichts, sondern sei eine «Pseudo-Lösung».

Menschen mit grossen Belastungen dürfe man nicht allein lassen, sagte der FDP-Sprecher. Dabei sei aber nicht die Anwesenheit von Menschen in Amtsstellen gefragt, sondern die Unterstützung durch Bestände. Auch andere involvierte Stellen wie beispielsweise die Jugendheime seien in solchen Fällen wichtig. Ein kausaler Zusammenhang zwischen der Tat von Flaach und der Erreichbarkeit der Kesb bestehe nicht, sagte der Vertreter der Grünliberalen. Vorstösse zur Beruhigung des Gewissens dienten niemandem, sagte der GLP-Politiker.

Dass ein Pikettdienst die Tragödie von Flaach hätte verhindern können, glauben viele nicht. «So naiv sind wir nicht», betonte die SP-Sprecherin. Allerdings könnte dadurch das Risiko minimiert werden, sagte sie.

# Friedenslinden gegen Marignano



Die «Alten Schwyzer» marschieren immer an der Schlachtfelder am Morgarten mit. Unser Bild zeigt die Gruppe an der Feier vom 15. November 2014. Keystone/Sigi Tischler

**GESCHICHTE** Morgarten, Marignano und das Ende des Zweiten Weltkrieges: 2015 ist ein Jahr der Jubiläen. Schon jetzt streiten sich die Linke und die Rechte um die richtige Erinnerungskultur.

KARI KÄLIN  
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

Das Jahr 2015 liefert reichlich Stoff, die eidgenössische Vergangenheit zu zelebrieren (siehe Kasten). Vor 700 Jahren, am 15. November 1315, schlugen die Schwyzer das Heer des habsburgischen Herzogs Leopold in die Flucht. Die Geschichte entwickelte sich vor allem ab 1891, im Umfeld der 600-jährigen Bundesfeierlichkeiten, zu einer Metapher für freiheitsliebende Urschwyzler, die fremde Vögte verjagen und gegen Unterdrücker aufbegehren.

## Blocher im Ehrenpatronat

Die Schlacht von Marignano vom 13./14. September 1515 hat sich als Ende der Expansionspläne ins kollektive Gedächtnis gebrannt. Aus dem Debakel gegen die Franzosen mit rund 10 000 Toten zogen die Eidgenossen aber eine segensreiche aussenpolitische Lehre, die bis heute gilt: die Neutralität. Dies zumindest lehrt uns die Erinnerungskultur. Auf dem Schlachtfeld von Marignano (heute Melegnano) soll am Sonntag, 13. September 2015, eine offizielle Gedenkfeier stattfinden. Als Organisatorin fungiert die Stiftung Pro Marignano mit Sitz in Chiasso. Der Tessiner alt CVP-Regierungsrat Luigi Pedrazzini präsidiert das Ehrenpatronat. Weitere Mitglieder sind unter anderem Bundesrat Ueli Maurer, zahlreiche eidgenössische bürgerliche Parlamentarier von CVP, BDP, FDP bis SVP – und natürlich Christoph Blocher, der schon 1965 bei den 450-Jahr-Feierlichkeiten als Sekretär der Marignano-Stiftung gewirkt hatte.

## Schlachtfelder totschweigen

Die SP hingegen bleibt dem Ehrenpatronat aus Überzeugung fern. Denn für die Genossen ist Marignano das Sinnbild einer eigensinnigen Abschottungsschweiz Blocher'scher Prägung, die sich der internationalen Zusammenarbeit verweigert und aussenpolitisch isoliert. Die Sozialdemokraten möchten die Jubiläumsfeier denn auch am liebsten totschweigen: «Wir sollten Marignano 1515 kommunikativ nicht hochfahren, sondern sollten diese 500-Jahr-Feier schlicht ignorieren», heisst es in einem Papier des SP-Präsidiums. Oder anders formuliert: Die SP will verhindern, dass die SVP Marignano im Wahljahr propagandistisch ausschlachten kann als Chiffre für eine souveräne, unabhängige, neutrale Schweiz. Um den Marignano-Geist der «Ranantiker der immerwährenden Neutralität», wie die SP schreibt, aus der Öffentlichkeit zu verdrängen, planen die Genossen, sich selber als Vertreter einer modernen, offenen und sozialen Schweiz zu präsentieren. Zu diesem Zweck will die Partei am kommenden 8. Mai am möglichst vielen Orten in der Schweiz Gedenkveranstaltungen zum Ende des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren auf die Beine stellen.

**Bäume auch im Kanton Uri?**  
Die SP Schweiz hat deshalb alle SP-Sektionen aufgerufen, an diesem Tag in ihrer Gemeinde Friedenslinden zu pflanzen. Entsprechende politische Vorstösse sind schon an mehreren Orten aufgegleist. In Zürich hat Gemeinderätin Rebekka Wyler sogar schon einen Zwischenerfolg verbucht. Der Zürcher Stadtrat empfiehlt ein Postulat zur Annahme, in dem sich Wyler für die Pflanzung einer Friedenslinde in der Innenstadt und die Organisation eines Gedenkanlasses starkmacht. Bei der Urner Regierung hat SP-Kantonsrat Dimitri Moretti einen gleichen Vorstoss deponiert. Und die Schwyzer SP wird an ihrer nächsten Vorstandssitzung das Projekt «Friedenslinden» thematisieren.

## SP führt auf politischer Ebene 1:0

Bei ihren Plänen kann die SP auf die Unterstützung des Bundesrats zählen. Falls sich die Möglichkeit ergebe, werde er prüfen, ob er bei einem nationalen oder einem internationalen Gedenkanlass zum Ende des Zweiten Weltkrieges mitwirken könne, schrieb er in der Antwort auf einen Vorstoss von Jacqueline Fehr. Die Zürcher SP-Fraktion kritisiert darin, die Schweiz habe bisher nie offiziell der gewaltigen Opfer gedacht, welche die Alliierten zur Niederdrückung des Nationalsozialismus und des Faschismus erbracht hätten. Auch habe sie kaum etwas zum europäischen Integrationsprozess beigetragen, der Europa die längste Friedensperiode in der Geschichte unseres Kontinents gebracht habe.

Auf politischer Ebene führt damit die SP beim Kampf um die Deutungshoheit der Schweizer Geschichte mit 1:0 gegen die Anhänger des Marignano-Gedenkanlasses. Er werde keine Feierlichkeiten zu Marignano initiieren, beschied nämlich der Bundesrat dem Tessiner CVP-Nationalrat Marco Romano in der Antwort auf eine Interpellation. Die Landesregierung erachte die Erinnerung an Marignano nicht als eine gesamtschweizerische Aufgabe und unterstütze Anlässe zu Gunsten der historischen Er-

**«Entweder unterstützt der Bundesrat all diese Anlässe, oder er lässt es ganz bleiben.»**

PETER KELLER,  
SVP-NATIONALRAT NW

Nationalrätin kritisiert darin, die Schweiz habe bisher nie offiziell der gewaltigen Opfer gedacht, welche die Alliierten zur Niederdrückung des Nationalsozialismus und des Faschismus erbracht hätten. Auch habe sie kaum etwas zum europäischen Integrationsprozess beigetragen, der Europa die längste Friedensperiode in der Geschichte unseres Kontinents gebracht habe.

Auf politischer Ebene führt damit die SP beim Kampf um die Deutungshoheit der Schweizer Geschichte mit 1:0 gegen die Anhänger des Marignano-Gedenkanlasses. Er werde keine Feierlichkeiten zu Marignano initiieren, beschied nämlich der Bundesrat dem Tessiner CVP-Nationalrat Marco Romano in der Antwort auf eine Interpellation. Die Landesregierung erachte die Erinnerung an Marignano nicht als eine gesamtschweizerische Aufgabe und unterstütze Anlässe zu Gunsten der historischen Er-



Marignano 1515: Im Bild wird der französische König Franz I. von Pierre Terrail, genannt Ritter ohne Furcht und Tadel, zum Ritter geschlagen. Der König begehrte vom Sieger der Schlacht den Ritterschlag. Getty/Universal History Archive

innerung nur zurückhaltend. Der Bundesrat zeigte sich bloss bereit, allenfalls eine «koordinierende Tätigkeit» zur Erinnerung an Marignano einzunehmen, falls er darum gebeten werde.

Die Landesregierung hatte es bereits abgelehnt, das Jubiläum des Wiener Kongresses von 1814/1815 zu gedenken. Vor 200 Jahren garantierten die europäischen Grossmächte der Schweiz unter anderem die immerwährende Neutralität. Zudem wurden die ehemals zugewandten Orte Wallis, Genf und Neuenburg der Schweiz angegliedert. Beim Wiener Kongress handle es sich um ein Ereignis, bei dem nicht nur die Schweiz, sondern auch zahlreiche andere Akteure beteiligt gewesen seien, sagt der Bundesrat. Er werde deshalb keine Feierlichkeiten zum Jubiläum des Wiener Kongresses initiieren. Weshalb der Bundesrat mit dem gleichen Argument nicht auch ein Engagement zum Gedenken des Zweiten Weltkrieges ablehnte, bleibt sein Geheimnis.

## SVP-Historiker kritisiert Bundesrat

Der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller kann die selektive bundesrätliche Unterstützung historischer Gedenktage nicht nachvollziehen. «Entweder unterstützt er all diese Anlässe, oder er lässt es ganz bleiben», sagt der Historiker und frühere Geschichtslehrer. Ausserdem zeige sich der Bundesrat auch nicht sehr sensibel gegenüber dem Tessin. «Dass wir heute das Tessin zur Schweiz zählen dürfen, hat ganz direkt mit den Ereignissen rund um Marignano zu tun», sagt Keller. Im Friedensvertrag von 1516 habe nämlich der französische König der Eidgenossenschaft die heutigen Gebiete der Südschweiz zugestanden. Bis heute habe Marignano eine tiefere Bedeutung für die

## Ein Jahr der Jubiläen

**GESCHICHTE** Die Kantone Schwyz und Zug organisieren zum 700. Gedenkjahr der Schlacht am Morgarten vom 15. November diverse Gedenkveranstaltungen. Der Startschuss erfolgt am 24. Januar mit einem öffentlichen Historikerkongress in der Pädagogischen Hochschule Goldau. Im August und im September wird ein Freilichtspiel inszeniert. Eine Gedenkfeier am 15. November, umrahmt vom traditionellen Morgartenschüssen, bildet den Abschluss der Feierlichkeiten.

## Gedenkschiessen in Chiasso

Die Stiftung Pro Marignano mit Sitz in Chiasso organisiert zum 500-Jahr-Schlachttage diverse Feierlichkeiten. Unter anderem ist ein Gedenk-

schüssen geplant. Das Finale wird am Samstag, 22. August, im Schiessstand von Chiasso durchgeführt. Auf dem Schlachtfeld von Marignano soll am Sonntag, 13. September, eine offizielle Gedenkfeier stattfinden.

Schliesslich endete 1815 der Wiener Kongress, welcher der Schweiz nach den napoleonischen Kriegen die Zusage der immerwährenden Neutralität durch die europäischen Grossmächte eintrug. Die Kantone Genf, Wallis und Neuenburg haben ihren Bundesbeitrag zum Wiener Kongress zu verdanken. In allen Kantonen finden deshalb in diesem Jahr Jubiläumsschüssen statt.

**Bonus:** Weitere Informationen zu den Jubiläen der Schweizer Geschichte gibt es unter [www.luzernerzeitung.ch/bonus](http://www.luzernerzeitung.ch/bonus)

Schweiz. «Unsere Neutralitätstradition speist sich aus dem Mythos Marignano: sich nicht in fremde Händel mischen, aussenpolitisch Zurückhaltung üben und dafür gute Dienste leisten», sagt Keller. Die kleine Schweiz sei damit gut gefahren.

Gegen diese Deutung hat das linke Netzwerk «Kunst und Politik» bereits am vergangenen 1. August auf einer Internetseite 18 Texte publiziert. Unter den Autoren finden sich zum Beispiel Schriftsteller Pedro Lenz, aber auch der Historiker und ehemalige Zuger Nationalrat Josef Lang (Grüne) sowie Historiker Georg Kreis. 500 Jahre Marignano

ist für das Netzwerk «Kunst und Politik» kein Grund zum Feiern: «Weder wurde mit der Niederlage des zerstrittenen Staatenbundes der Mythos der Neutralität begründet, noch bietet sich das grössenwahnsinnige Gemetzel von damals an, heute damit Wahlkampf zu führen.» Peter Keller nimmt die Kritik gelassen. Dass Marignano historisch gesehen nicht den Beginn der Schweizer Neutralität markiert habe, sei nicht entscheidend. Viel wichtiger sei, dass nachfolgende Generationen die Schlacht als heilsame Niederlage gesehen und einen Wendepunkt in Richtung Neutralität erkannt hätten.